

Thomas Kunze

Politische Nachfolge in Zentralasien am Beispiel Kasachstans

Einführung

Als Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew angesichts seines Gesundheitszustands, seines vorgerückten Alters und der sich rasant verändernden geopolitischen Lage in Eurasien seinen Rücktritt plante, berücksichtigte er viele Faktoren. Mit langanhaltenden landesweiten Protesten hatte er jedoch wohl kaum gerechnet – obwohl sein eigener Aufstieg mit Protesten infolge einer misslungenen Nachfolgereglung begonnen hatte. Zahlreich sind daher die Vorkehrungen zur Sicherung der eigenen Macht, seiner persönlichen Sicherheit und der Sicherheit seiner Familie, die der scheidende Präsident schon vor geraumer Zeit vorgenommen hatte. Die Ereignisse im benachbarten Kirgisistan zeigen, mit welchen Risiken ein Präsidentenwechsel in der Region verbunden ist. Trotz der zahlreichen Maßnahmen zur Sicherung seiner Macht und der seiner Familie wird Nasarbajews Clan langfristig mit einem Machtverlust rechnen müssen. Im Schatten dieser Machtpolitik der herrschenden Eliten breitet sich unter der zum Teil perspektivlosen Jugend islamistisches Gedankengut aus. Gleichzeitig gerät ganz Zentralasien ins Zentrum eines neuen geopolitischen *Great Games* zwischen China, Russland und dem Westen.

Das Problem der Nachfolge

Die größte Gefahr eines Staatsführers in Zentralasien nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik liegt nicht direkt im Machtverlust als solchem, sondern in der damit einhergehenden Gefahr des Verlusts der finanziellen und physischen Unversehrtheit seiner selbst und seiner Familie. Es darf den europäischen Betrachter daher nicht verwundern, wenn zur Sicherung von Macht, Reichtum und Leben vor allem auf familiäre Bande und Clans gesetzt wird. In einem politischen Umfeld, in dem freundschaftliche Bande ein höchst unzuverlässiger Garant für Loyalität sind, wie zuletzt der ehemalige kirgisische Präsident Almasbek Atambajew erfahren musste, gilt das Band des Blutes, der Familie, noch als das zuverlässigste. In einem solchen politischen Umfeld müssen daher vor dem eigenen Rücktritt zahlreiche Sicherungsinstanzen geschaffen werden, um ein Machtvakuum zu verhindern. Die Ereignisse im benachbarten Kirgisistan bestätigen dies offenbar: Ein Jahr nach einer geregelten Machtübergabe kam es dort zu politischen Verwerfungen zwischen den ehemaligen politischen Weggefährten, dem amtierenden Präsidenten Sooronbai

Scheenbekow und dem ehemaligen Präsidenten Almasbek Atambajew, die in gewaltsame Unruhen und die Verhaftung Atambajews mündeten.

Neben der Gefahr, nach dem Rückzug von der Staatsspitze ein Machtvakuum zu hinterlassen, besteht in Zentralasien auch das nicht unerhebliche Risiko einer Revolte von unten, die auf den angestauten Volkszorn zurückzuführen ist. Darüber hinaus besteht in einer aufgrund ihrer heterogenen Bevölkerung nicht umsonst bereits als *Eurasischer Balkan*¹ bezeichneten Region in Krisenzeiten stets die Gefahr des Ausbruchs ethnischer Konflikte.

Vor allem Kasachstans Nachbar Kirgisistan wird immer wieder von Revolten erschüttert. In seiner kurzen Geschichte kann das Land auf nur zwei friedliche Staatswechsel zurückblicken. Der Sturz durch eine Revolte ist ein Risiko, das Nasarbajew nur allzu vertraut gewesen sein dürfte. Ein historischer Rückblick hilft, diese Umstände zu verstehen.

Nasarbajews Aufstieg

Nasarbajews eigener Aufstieg begann 1986 im Gefolge blutiger ethnischer Zusammenstöße in der einstigen Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR), der Scheltoksan-Unruhen. Michail Gorbatschow hatte damals Gennadi Kolbin, einen ethnischen Russen, an die Spitze der Unionsrepublik berufen, um den Kasachen Dinmuchamed Kunajew zu entmachten. Kunajew, ein ehemaliger Günstling Leonid Breschnews, hatte mit Misswirtschaft und Nepotismus in Alma-Ata (dem heutigen Almaty) geherrscht, war jedoch bei der kasachischen Bevölkerung äußerst beliebt. Die Berufung eines ethnischen Russen an die Spitze der Republik entflammte den Zorn junger, nationalistischer Kasachen, brach Gorbatschow damit doch das ungeschriebene Gesetz, dass der Generalsekretär der Kommunistischen Partei (KP) einer nationalen Unionsrepublik aus der jeweiligen Titularnation zu stammen habe. Die folgenden Scheltoksan-Unruhen forderten mehrere hundert Todesopfer. Nachdem Kolbin von der Spitze der kasachischen KP wieder abberufen werden musste, ernannte Gorbatschow Nursultan Nasarbajew zum Generalsekretär der KP der Kasachischen SSR. Das brisante Detail dabei ist, dass die Korruptionsvorwürfe gegen den ehemaligen Generalsekretär Kunajew erst durch eine Anzeige seines Protegés Nasarbajew publik wurden. Nach dem Untergang der Sowjetunion blieb mit Nasarbajew, wie in den meisten Staaten Zentralasiens, ein Vertreter der alten Nomenklatura an der Staatsspitze. Doch während die Präsidenten der Nachbarstaaten entweder verstarben – wie Usbekistans Islam Karimow und Turkmenistans Saparmurat Nijasow – oder durch Unruhen und Bürger-

1 Als *Eurasischen Balkan* bezeichnet US-Präsidentenberater und Theoretiker der Geopolitik Zbigniew Brzeziński in seinem Werk „Die einzige Weltmacht“ die Staatenwelt Zentralasiens aufgrund ihres Völkergemisches und der über Siedlungsräume hinweggehenden Grenzziehung.

kriege ihre Macht verloren und gestürzt wurden – wie Kirgisistans Askar Akajew und Tadschikistans Rahmon Nabijew –, überlebte bzw. überdauerte Nursultan Nasarbajew sie alle. Aber nicht nur in Zentralasien, auch in den europäischen ehemaligen Sowjetrepubliken waren die ersten Staatsoberhäupter bereits lange abgewählt worden, und für den Südkaukasus galt Ähnliches: Swiad Gamsachurdia wurde 1992 gestürzt, Ajas Mutalibow 1992 abgewählt und Lewon Ter-Petrosjan trat 1998 zurück.

Als Nasarbajew in den letzten Jahren begann, sich Gedanken über einen Rückzug von der Staatsspitze zu machen, war er der letzte der einst sowjetischen Führer. Seine einzige Möglichkeit, Einfluss auf die Entwicklung nach ihm zu nehmen, war eine freiwillige Machtübergabe. Dabei werden ihm auch die Risiken einer solchen bekannt gewesen sein.

Exkurs: Kirgisistan. Die misslungene Nachfolge

In Kirgisistan zeigte sich jüngst, welche Auswirkungen eine misslungene Nachfolgereglung und ein damit einhergehender Machtkampf auf die national noch wenig gefestigten Staaten Zentralasiens haben können. Der bis 2017 regierende Sozialdemokrat Almasbek Atambajew trat verfassungskonform zur Wahl des Präsidenten nicht wieder an. Dabei – darin sind sich viele Beobachter einig – hätte es durchaus in seiner Macht gestanden, die Verfassung zu seinen Gunsten zu ändern. An seiner Stelle trat der bisherige Ministerpräsident Sooronbai Dscheenbekow als Kandidat an: ein Freund und Vertrauter Atambajews und wie dieser Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Kirgisistans. Dscheenbekow gewann die Wahl. In den vergangenen zwei Jahren brach er jedoch mit seinem Vorgänger. Atambajew, der inzwischen zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gewählt worden war, entwickelte sich zum Konkurrenten. Im Sommer 2019 folgte der Schlag Dscheenbekows. Er veranlasste die Aufhebung der Immunität Atambajews, woraufhin Sicherheitskräfte das Anwesen des ehemaligen Präsidenten, das von dessen Anhängern verbissen verteidigt wurde, stürmten. Nachdem der erste Versuch gescheitert war und einen Angehörigen der Sicherheitskräfte das Leben gekostet hatte, gelang es am Folgetag, Atambajew, der die Verantwortung für den tödlichen Schuss auf sich genommen hatte, zu verhaften.

Atambajews Festnahme erschütterte nicht nur die politische Landschaft Zentralasiens – Atambajew galt als prorussisch und Vertrauter Wladimir Putins –, sondern dürfte für alle Autokraten in der Region ein Signal gewesen sein, so lange wie möglich an der Macht festzuhalten. Auch das demokratische System Kirgisistans erlitt einen schweren Schlag. Nicht nur wurde das Kontinuum friedlicher Machtübergaben unterbrochen, auch der innerkirgisische Nord-Süd-Gegensatz bricht nun wieder auf. Es wird als das Verdienst des nun verhafteten Atambajew angesehen, diesen Konflikt in der Vergangenheit gemildert zu haben. Atambajew, der selbst aus Nordkirgisistan stammt, hatte mit

Dscheenbekow einen Südkirgisen zum Nachfolger auserkoren. Neben den regionalen Gegensätzen verbreitet sich auch islamistisches Gedankengut in beunruhigendem Ausmaß. Schwerpunkt ist dabei das Fergana-Tal. Es gibt schon heute mehr Moscheen als Schulen im Land. Fatal ist dies vor dem Hintergrund, dass die Mehrzahl dieser Moscheen von Saudi-Arabien aus finanziert und gebaut wird, was mit der Verbreitung eines Islams wahhabitischer Ausrichtung einhergeht.² Diese Tendenz der schleichenden Islamisierung Kirgisistans gewinnt neues Gewicht angesichts der Tatsache, dass der Bruder Dscheenbekows Geschäfte mit Katar betreibt, einem Staat, der als Patron und Geldgeber der islamistischen Muslimbruderschaft bekannt ist. Die Signalwirkung, die von der Verhaftung Atambajews ausgeht, dürfte fatale Folgen haben, bestärkt sie doch die regierenden Autokraten in ihrem Festhalten an der Macht und lässt jede Form eines demokratischen Regierungswechsels gefährlich erscheinen. Die missglückte Nachfolge Atambajews, eine an und für sich innerkirgisische Angelegenheit, dürfte daher im benachbarten Kasachstan – auch wenn Nasarbajews Nachfolge bislang geglückt zu sein scheint – aufmerksam beobachtet worden sein.

Nasarbajews Vorkehrungen

Es bedarf nach dem oben Geschilderten also einer Vielzahl an Vorkehrungen, um einen sicheren Rückzug von der Staatsspitze bei gleichzeitigem Machterhalt zu gewährleisten. Verhindert werden muss u.a., dass ein Machtkampf zwischen den einflussreichen Familien ausbricht, eine Straßenrevolte das System stürzt oder der designierte Nachfolger sich gegen den bisherigen Staatsführer wendet.

Im kasachischen Präsidentenpalast müssen die Planungen für einen Rückzug bereits vor geraumer Zeit begonnen haben. Zu den ersten Maßnahmen zum Machterhalt gehörte die *De-facto*-Selbstverleihung der Titel „Erster Präsident Kasachstans“ und „Führer der Nation“ (*Elbasy*) im Jahr 2010, die lebenslange strafrechtliche Immunität garantieren. Die Macht des zukünftigen Präsidenten beschnitt Nasarbajew 2016, indem er das Parlament und die Regierung gegenüber dem Präsidentenamt stärkte. Relevanter ist jedoch, dass Nasarbajew auch nach seinem Rücktritt weiterhin Vorsitzender des nationalen Sicherheitsrates bleibt. Damit kontrolliert er den Geheimdienst, der von einem engen Vertrauten geleitet wird. Gerade die Kontrolle über den Geheimdienst ermöglicht es Nasarbajew, weiterhin die eigentliche Macht im Staat zu behalten. Die Position des Vorsitzenden des Sicherheitsrates wurde zu diesem Zweck im Vorfeld dadurch, dass der Sicherheitsrat von einem bloßen Beratungsgremium zum

2 Beim Wahhabitentum, handelt es sich um eine puristisch-fundamentalistische Richtung des sunnitischen Islams mit vielen Übergängen zum Dschihadismus und politischen Islamismus.

Hauptverfassungsorgan umgewandelt wurde, extrem gestärkt. Der Grundstein dafür war 2018 gelegt worden.

Um sich auch zukünftig den Rückhalt einer breiten politischen Basis zu sichern, bleibt Nasarbajew Vorsitzender der Regierungspartei Nur Otan („Licht des Vaterlandes“). Der Machterhalt der Familie wird durch Nasarbajews Tochter Dariga Nasarbajewa gesichert, die zur Vorsitzenden des Senats ernannt wurde. Dies ist insofern relevant, als der bzw. die Vorsitzende des Senats im Falle des Rücktritts oder Todes des Präsidenten dessen Amt übernimmt – so wie im gegenwärtigen Fall Kasym-Schomart Tokajew, der bisherige Senatsvorsitzende, nach Nasarbajews Rücktritt per Verfassung automatisch die Funktion des Interimspräsidenten übernahm. Auch im Bereich der Wirtschaft ist für den Machterhalt der Familie Nasarbajew durch die einflussreiche Position des Schwiegersohns Timur Kulibajew als Vorsitzender der Energieverbands Kazenergy Vorsorge getroffen worden. Die letzte größere Amtshandlung Nasarbajews vor seinem Rücktritt war die Entlassung der Regierung im Februar 2019. Als Begründung hierfür gab der scheidende Präsident in einer offiziellen Verlautbarung an, dass die Regierung die ihr gestellte Aufgabe, den Wohlstand und den Lebensstand der Bevölkerung zu erhöhen, nicht erfüllt habe. Wirkliche personelle Veränderungen in Form von Absetzungen fanden dabei jedoch nicht statt, es kam vielmehr lediglich zu einem Tausch der Positionen. Das Ziel bestand wohl eher darin, die Regierungsmitglieder in neue Arbeitsumfelder zu versetzen, in die sie sich erst einarbeiten mussten. Diese Maßnahme dürfte mögliche Anwärter auf die Macht ihres Handlungsspielraums beraubt haben. Etwaige geplante Umsturzversuche wurden somit durch einen Präventivschlag vereitelt. Die Entlassung der Regierung war der letzte Schachzug von Präsident Nursultan Nasarbajew.

Der Nachfolger

Wer ist der Mann, den Nasarbajew als seinen Nachfolger auserwählt hatte? Kasym-Schomart Tokajew, bis dahin Vorsitzender des Senats, gilt gemeinhin als beliebter Politiker. Er wird als intelligente und ausgleichende Persönlichkeit mit langjähriger Erfahrung in der Diplomatie und in der Regierung beschrieben. In der Vergangenheit war er u.a. Außenminister, Ministerpräsident und Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Genf. Große Veränderungen werden von dem als politisch moderat angesehenen Berufspolitiker nicht zu erwarten sein. Wie Nasarbajew entstammt auch Tokajew der sowjetischen Nomenklatura der ehemaligen KP. In den 1990er Jahren begann Tokajew im Öl- und Gasgeschäft Geld zu verdienen und baute mit seinen Familienangehörigen ein Geschäftsimperium auf. Sein Sohn, Timur Tokajew, besitzt die Hälfte der Anteile des Unternehmens Abi Petroleum Capital LLP. Die andere Hälfte des Unternehmens besitzt Mohammed Isbastin, der Cousin von Timur Tokajew. Mohammed Isbastin und Temirtai Isbastin, der Schwager von

Kasym-Schomart Tokajew, sind im kasachischen diplomatischen Dienst tätig und arbeiteten gemeinsam im Außenministerium. Wie Nasarbajew und vor ihm Kunajew stammt auch die Familie, der Tokajew angehört, der Großen Horde (*Ulı jüz*), deren Stammland der Süden Kasachstans um die alte Hauptstadt Almaty herum ist. In Kasachstan spielt die Stammeszugehörigkeit zu einer der drei Horden bis heute eine wichtige Rolle. Tokajew verfügt jedoch über keine eigene politische Basis, zu oft weilte er im Ausland als Diplomat. Er wird daher von vielen Beobachtern als Übergangspräsident angesehen. In dieser Rolle kommt ihm eine ausgleichende Funktion zwischen den konkurrierenden Gruppen der kasachischen Eliten zu. Trotz all der genannten Attribute, die ihn als Nachfolger empfehlen, dürfte die bislang demonstrierte absolute Loyalität gegenüber Nasarbajew der entscheidendste Faktor für die Wahl Tokajews gewesen sein.

Der Rücktritt, der Wahlkampf und die Wahl

Als Nursultan Nasarbajew am 19. März des Jahres 2019 um 19 Uhr seinen Rücktritt vom Amt des Präsidenten der Republik Kasachstan ankündigte, endete seine mehr als drei Jahrzehnte währende Herrschaft über Kasachstan. Nasarbajew hatte das Land seit 1986 33 Jahre lang ununterbrochen regiert – zu Beginn noch als Generalsekretär der kasachischen KP und später, seit der Unabhängigkeit, als Präsident. Ziel dieses Schrittes wird es gewesen sein, eine Entscheidung in einem selbstgewählten Moment wirtschaftlicher und politischer Stabilität herbeizuführen. Bei einem regulären Wahltermin hätte ein gewisses Risiko bestanden, dass zum selben Zeitpunkt wirtschaftliche oder politische Verwerfungen soziale Unruhen auslösen könnten. Neben dem Alter und dem schlechten Gesundheitszustand Nasarbajews dürfte aber auch die Gefahr zukünftiger geopolitischer Verwerfungen in der Region eine Rolle gespielt haben. Islam Karimow, der 2017 verstorbene erste Präsident des unabhängigen Usbekistan, hatte keinen Nachfolger inthronisiert. Nasarbajew betrachtete dies als einen Fehler, den er nicht wiederholen wollte.

Die Machtübergabe verlief in Kasachstan recht zügig: Am 20. März 2019, einen Tag nachdem Nasarbajew seinen Rücktritt angekündigt hatte, wurde Tokajew als Präsident vereidigt. Im April kündigte Tokajew in seiner Funktion als Interimspräsident vorgezogene Wahlen an, die seine Präsidentschaft legitimieren sollten. Als Wahltermin wurde der 9. Juni festgelegt. Die kurze Frist gab möglichen Gegenkandidaten nur wenig Zeit, sich der breiten Masse der Bevölkerung bekannt zu machen. Tokajew selbst wurde – auf Vorschlag Nasarbajews in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Partei Nur Otan – in einer offenen Abstimmung einstimmig als Kandidat der Partei nominiert. Nachdem ein potenzieller Kandidat, Schumatai Alijew, den obligatorischen Sprachtest

in Kasachisch nicht bestanden und Talgat Jergalijew seine Kandidatur zurückgezogen hatte, standen Tokajew im Wahlkampf sechs Konkurrenten gegenüber.

Die Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen in Kasachstan 2019

- Kasym-Schomart Tokajew – Nur Otan („Licht des Vaterlandes“; Regierungspartei; konservativ, zentristisch, säkularistisch)
- Amangeldy Taspichow – Gewerkschaftsverband Kasachstans
- Amirschan Kosanow – Ult Tagdyry („Schicksal der Nation“; national-patriotische Bewegung)
- Danija Jespajewa – Demokratische Partei Kasachstans Ak Schol („Der helle Weg“; liberal)
- Schambyl Achmetbekow – Kommunistische Volkspartei Kasachstans (sozialdemokratisch)
- Sadybek Tugel – Uly Dala Kyrandary („Adler der großen Steppe“; republikanische Bewegung)
- Toleutai Rachimbekow – Demokratisch-Patriotische Volkspartei Auyl („Dorf“; sozialdemokratisch)

Tokajew gewann die Wahl wenig überraschend mit 71 Prozent der Stimmen. Sein Wahlprogramm enthielt keine neuen Standpunkte, sondern stellte die komplette Übernahme des Programms von Nasarbajew dar. Das zweitbeste Ergebnis erzielte mit rund 16 Prozent Amirschan Kosanow. Kosanow hatte sich in der Vergangenheit verschiedenen Parteien angeschlossen, vor der Wahl wurde er überraschend von der national-patriotischen Bewegung Ult Tagdyry nominiert. Während des Wahlkampfs trat Kosanow als Hauptkonkurrent Tokajews für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EU, eine Verbesserung der Umweltsituation und für die Umwandlung des politischen Systems in ein parlamentarisch-präsidiales System ein und sprach sich gegen den Bau eines Atomkraftwerks aus. Als Angehöriger eines Geschlechts der Kleinen Horde (*Kişi jüz*) erzielte er die besten Ergebnisse – teilweise bis zu 30 Prozent – in deren Stammländern im erdölreichen, aber marginalisierten und verarmten Westen Kasachstans. Einige Beobachter gehen davon aus, dass Kosanows Kandidatur eine Scheingegnerschaft war, die der Wahl einen demokratischen Anstrich geben sollte.

Danija Jespajewa von der Demokratischen Partei Kasachstans Ak Schol erzielte mit rund fünf Prozent das drittbeste Ergebnis. Ak Schol ist die zweitgrößte Partei des Landes und gilt als Unternehmerpartei. Die Partei wird von Beobachtern als systemoppositionell eingestuft, im Parlament verhält sie sich regierungstreu.

Die Proteste

Die als Legitimationsakt gedachte Wahl löste eine Protestwelle bis dahin ungekannten Ausmaßes aus, mit der weder im In- noch im Ausland gerechnet worden war. Sogar im Vorfeld der Wahl war es in zahlreichen größeren Städten zu Kundgebungen gekommen, die zum Wahlboykott aufriefen und sich gegen die Umbenennung der Hauptstadt und den Bau eines Atomkraftwerks richteten. Es war vor allem die – von Tokajew als nachträglicher Akt der Loyalität gegenüber Nursultan Nasarbajew veranlasste – Umbenennung Astanas in Nur-Sultan, die bei der Bevölkerung für Unmut sorgte. Innerhalb weniger Stunden hatten 35.000 Menschen eine Petition gegen die Umbenennung unterzeichnet. Das staatliche Diskursmonopol wurde in den sozialen Medien in Frage gestellt. Zentren des Unmuts waren dabei die großen Städte.

Das Fundament für die Unruhen bildeten zunehmende sozioökonomische Probleme und eine Legitimationskrise, mit der die Regierung Nasarbajews seit 2014 zu kämpfen hatte. Die paternalistische Autokratie Nasarbajews stützte sich vorrangig auf zwei Legitimitätssäulen: die kasachische Identitätspolitik einerseits und den konstant steigenden, auf dem Ressourcenreichtum des Steppestaates beruhenden Wohlstand andererseits. Die aus dem steigenden wirtschaftlichen Wohlstand resultierende Legitimation wurde durch die kasachische Wirtschaftskrise 2014-2015 geschwächt. Die Krise wurde durch zwei Faktoren ausgelöst: Der erste Faktor war der Rückgang der Ölpreise mit starken Auswirkungen auf die vom Rohstoffexport abhängige Wirtschaft. Der zweite Faktor war die Schwächung des russischen Rubels infolge der Sanktionen von 2014, die sich infolge der engen russisch-kasachischen Handelsbeziehungen auch auf Kasachstan nachteilig auswirkte. Eine erste Protestwelle erschütterte das Land im Jahr 2016, ausgelöst durch eine Bodenreform, die es u.a. chinesischen Investoren ermöglicht hätte, kasachisches Land zu pachten. In weiten Teilen der Bevölkerung herrschen antichinesische Ressentiments, und die zunehmende wirtschaftliche Einflussnahme Chinas ruft die Furcht vor einem Ausverkauf des Landes hervor. Als die Proteste die Metropolen Almaty und Astana erreichten, reagierte die Regierung mit Repressionen bei gleichzeitiger Suspendierung des Gesetzes.

Die gegenwärtigen Proteste infolge des Regierungswechsels und der Wahl erreichten alle größeren Städte und mobilisierten Tausende von Demonstranten. Die nicht im direkten Zusammenhang damit stehenden Themen des Protests lassen auf eine breitere gesellschaftliche Unzufriedenheit schließen. Bereits frühzeitig wurden einzelne Aktivisten aufgrund von Beiträgen in sozialen Netzwerken oder wegen einzelner harmloser Aktionen festgenommen, aber nur zu sehr kurzen bzw. gar keinen Haftstrafen verurteilt. So zeigte beispielsweise ein Aktivist in Westkasachstan in Anspielung auf die nicht vorhandene Redefreiheit ein leeres Plakat, woraufhin er umgehend verhaftet, gleich darauf aber wieder freigelassen wurde. Zwei Aktivistinnen entrollten während eines Marathonlaufs ein Banner mit der Aufschrift „Vor der Wahrheit kannst Du

nicht davonlaufen #FürFreieWahlen #IchHabeDieWahl“. Sie wurden verhaftet und zu kurzen Gefängnisstrafen verurteilt, bald darauf jedoch wieder freigelassen. Die ersten größeren Kundgebungen gab es am 1. Mai 2019, als mehrere hundert Menschen in den größeren Städten Nur-Sultan, Almaty, Karaganda, Aktobe und Semipalatinsk demonstrierten. Am 21. Mai demonstrierten Hunderte von Frauen vor der Zentrale der Regierungspartei Nur Otan und forderten soziale Verbesserungen. Am Wahltag selbst fanden in Nur-Sultan, Almaty und Schymkent Kundgebungen statt, bei denen nach Angaben des Innenministeriums 500 Personen verhaftet wurden. Auch am folgenden Tag kam es zu Protesten gegen den Ausgang der Wahl, und auch diesen Protesten folgten zahlreiche Festnahmen.

Nach Angaben des Innenministeriums wurden bei den Kundgebungen 300 Polizisten zwischen dem 9. und dem 13. Juni 2019 im Zuge der Proteste und Ausschreitungen verletzt. 4.000 Personen wurden vorübergehend festgenommen.

Die Reaktion der Regierung

Die kasachische Regierung reagierte später mit einer Mischung aus Repression und Partizipationsangebot auf die Proteste. Die klassische Politik von Zuckerbrot und Peitsche war in der Vergangenheit wiederholt angewandt worden und hatte sich bereits bewährt. Während die Demonstrationen gewaltsam aufgelöst wurden, der Zugang zu sozialen Medien gestört war und es zu Verhaftungen und medialer Diffamierung kam, wurde der Bevölkerung gleichzeitig ein neuer Dialogprozess eröffnet. Dazu gehören die Gründung des „Nationalen Rats für gesellschaftliches Vertrauen“ und die Schaffung einer „Allianz demokratischer Organisationen“. In einer Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) wird diese Form der Teilhabe als *autoritäre Partizipationspolitik* bezeichnet, die eine Form der individualisierten Partizipation jenseits von Parteien, Gruppen, Vereinen und Bewegungen darstellt. Gleichzeitig mit der Schaffung der neuen Partizipationsmöglichkeiten wurde eine grundsätzliche Dialogbereitschaft in einigen Themen angedeutet. So reagierte Präsident Tokajew beispielsweise auf die während der Kundgebungen immer wieder erhobene Kritik am Bau eines neuen Atomkraftwerks mit der Ankündigung eines Referendums über diese Frage.

28 Jahre Nasarbajew – eine Bilanz

Welches Vermächtnis hinterlässt Nasarbajew? Es muss als Nursultan Nasarbajews Verdienst und Lebenswerk gewertet werden, dass Kasachstan heute der wohlhabendste und stabilste Staat Zentralasiens ist und nicht von Bürgerkrie-

gen, Separatismus, einem Massenexodus oder der Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe erschüttert wurde. Dabei stand das Land zu Beginn seiner Unabhängigkeit vor mehreren fundamentalen Problemen. Die im Norden des Landes in einem geschlossenen Siedlungsgebiet lebende russisch-slawische Bevölkerung strebte einen Anschluss an das Mutterland an. Die lange Grenze zu Russland, die ohne natürliche Barrieren quer durch die Steppe verläuft und beidseitig von Angehörigen der russischen Volksgruppe bewohnt ist, bot dabei perfekte Voraussetzungen für separatistische Tendenzen. Das kasachische Volk war dort zu einer Minderheit im eigenen Land geworden. Darüber hinaus stand die kasachische Bevölkerung vor einer Identitätsfrage. Die Verfasstheit des kasachischen Volkes als Nation hatte sich erst durch die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion herausgebildet. Die Spaltung des kasach-kirgisischen Volkes war u.a. ein Ergebnis dieser Politik, ebenso wie die Verschriftlichung der Sprache und ihre Normierung. Auch eine historische Staatstradition fehlte, da das kasachische Volk sich bis zur russischen Eroberung in nomadischen Stämmen, den Horden, organisiert hatte. Bis in die Gegenwart lässt sich jede Familie einer der drei Horden zuordnen. Außenpolitisch sah sich der junge Staat in den frühen Neunzigerjahren im Schnittfeld konkurrierender Einflussphären. Die Russische Föderation im Norden wollte die Erbmasse der UdSSR in ihrer eigenen Einflussphäre halten, China im Osten sah die Möglichkeit gekommen, seine historische Dominanz über die Staaten Turkestans wieder zu errichten, und die Türkei versuchte mit Unterstützung der USA die ethnisch verwandten Staaten Zentralasiens unter der Flagge des Panturkismus für sich zu vereinnahmen. Neben diesen innen- und außenpolitischen Problemen war Kasachstan wie alle anderen ehemaligen Sowjetrepubliken damit konfrontiert, seit der Erlangung der Unabhängigkeit vom gemeinsamen Wirtschaftskreislauf der UdSSR abgekoppelt zu sein.

Nasarbajew ging all diese Fragen geschickt an. Die Abspaltung des russischen Nordens des Landes, von der die meisten Beobachter in den Neunzigerjahren noch ausgingen, wendete Nasarbajew ab, ohne dass es zu einer massiven Abwanderung der slawischen Bevölkerungsgruppen, wie es in Usbekistan und Tadschikistan der Fall war, kam. Gleichzeitig gelang es ihm, die bestehenden Spannungen zwischen den beiden großen Ethnien, den Russen und den Kasachen, abzubauen. Parallel dazu bildete sich eine eigene kasachische Identität heraus. Zwei Faktoren dürften hierfür relevant gewesen sein: erstens die demographische Entwicklung und zweitens die Verlegung der Hauptstadt in eigentlich russisches Siedlungsgebiet. Unter Nasarbajews Regierung stieg der kasachische Bevölkerungsteil zur dominierenden Ethnie auf. Dabei kam es jedoch zu keiner signifikanten staatlichen Diskriminierung der russischen Bevölkerungsgruppe wie in den baltischen Staaten. Auch in Lettland und Estland drohten zum Ende der Sowjetunion die Titelnationen zu Minderheiten im eigenen Land zu werden. Um dem entgegenzuwirken, erhielten viele Angehörige der russischen Volksgruppe nicht die Staatsbürgerschaft der beiden neu

entstandenen baltischen Staaten und fielen in den Stand der *Nicht-Staatsbürger*. Nasarbajew hingegen verweigerte sich sinnlosen Schritten zur Identitätsstärkung, wie dem Verbot der russischen Sprache oder etwa der übereilten Umstellung auf ein lateinisches Alphabet.

Außenpolitisch gelang Nasarbajew der Spagat zwischen Russland, China und dem Westen, an dem die meisten seiner Amtskollegen im postsowjetischen Raum bislang gescheitert sind. Seit der Unabhängigkeit verfolgt Kasachstan dabei konstant eine sogenannte multivektorale Außenpolitik mit engen Verbindungen zur Russischen Föderation. Abrupte außenpolitische Richtungswechsel, wie sie Islam Karimow in Usbekistan wiederholt vollzog, oder der Isolationismus eines „Turkmenbaschi“ Saparmurat Nijasow waren Nasarbajew fremd.

Das bedeutendste Vermächtnis Nasarbajews wird wohl der Ausbau der neuen Hauptstadt Astana – heute Nur-Sultan – sein. Die Verlegung der Hauptstadt vom peripheren Almaty in das zentral gelegene damalige Astana, mitten in das russische Siedlungsgebiet, ist nicht nur ein neuer Gründungsakt, der wichtig für die Identitätsfindung der jungen Nation ist, sondern wirkt gleichzeitig zentrifugalen Kräften entgegen. Sie richtet sich nicht nur gegen separatistische Versuche der russischen Volksgruppe, sondern besitzt auch eine innerkasachische Komponente. Nasarbajew gehört der Großen Horde an, deren Stammland der städtisch geprägte Süden ist und in dem auch die alte Hauptstadt Almaty liegt. Nur-Sultan hingegen liegt im Gebiet des Stammesverbandes der Mittleren Horde (*Orta jüz*). Mit dem Ausbau Astanas/Nur-Sultans zur Hauptstadt wurde ein Ausgleich zwischen den beiden großen Stammesverbänden geschaffen und etwaigen tribalistischen Tendenzen die Basis genommen.

Was Nasarbajew trotz aller Anstrengungen nicht gelang, war die Differenzierung der Wirtschaft. Kasachstan bleibt weiterhin von seinen Rohstoffexporten abhängig. Es wird an seinem Nachfolger liegen, dieses Problem zu lösen.

Ausblick

Trotz der zahlreichen Maßnahmen, die Nasarbajew zur Sicherung seiner Macht und der seiner Familie getroffen hat, wird Nasarbajews Clan langfristig mit einem Machtverlust rechnen müssen. Beobachter vermuten, dass Tokajew lediglich die Funktion eines Übergangspräsidenten übernimmt, der zwar aufgrund der fehlenden eigenen politischen Basis eine ausgleichende Position zwischen den Machtfractionen der kasachischen Eliten einnimmt, gleichzeitig jedoch aufgrund eben dieser fehlenden politischen Basis von der Gunst Nasarbajews und dessen noch vorhandener Macht abhängig ist. Der Wahlsieg – als Akt der Legitimation – darf daher nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Machtfrage in Kasachstan noch nicht entschieden ist. Gerade die unerwartet heftigen Proteste vor und nach der Wahl dürften etwaige Konkurrenten innerhalb der Eliten davon überzeugt haben, dass eine Machtverschiebung möglich

ist. Ein offener Machtkampf ist vor allem dann zu erwarten, wenn es zu einer Erschütterung des politischen Systems, z.B. durch Proteste oder eine Veränderung des außenpolitischen Umfelds, kommt. Bereits jetzt ist offensichtlich, dass sich das Land in einer hochsensiblen geopolitischen Zone befindet. Kasachstan kommt eine zentrale Rolle als Transitkorridor und Rohstofflieferant Chinas zu. Gleichzeitig grenzt es im Osten an Chinas Unruheprovinz Xinjiang (Ostturkestan). Bei dem sich abzeichnenden Konflikt zwischen China und den USA dürfte Kasachstan eine Schlüsselposition einnehmen. Die jüngsten anti-chinesischen Proteste zeugen von einer gefährlichen Entwicklung bezüglich der prochinesischen Politik der Regierung. Über all dem schweben wie ein Damoklesschwert die russisch-chinesischen Beziehungen, schicksalsträchtig für sämtliche Entwicklungen im nördlichen Eurasien.

Tokajew dürfte der letzte Präsident Kasachstans sein, der den alten sowjetischen Kadern entstammt. Zukünftige Politiker werden in einem unabhängigen Kasachstan mit einer stark identitätsbezogenen Politik groß geworden sein und dementsprechend nationaler denken, sowohl im Hinblick auf den chinesischen Nachbarn als auch hinsichtlich der russischen Minderheit im Norden.

Ob eine solche Entwicklung eintritt, hängt entscheidend vom Auftreten eines ambitionierten Anwärters auf die Macht – oder einer Gruppe von Anwärtern – aus dem Kreis der kasachischen Elite ab. Tritt sie nicht ein, ist die Etablierung Tokajews, die der Wahrung des Status quo gleichkommt, sowohl im Interesse der verschiedenen Clans als auch der beiden benachbarten Großmächte China und Russland.